

# Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i> . . . . .	1
 <i>§ 1 Die mitgliedschaftliche Kompetenzschutzklage</i> . . . . .	5
A. Problemstellung . . . . .	5
B. Zur Charakterisierung des Teilhaberechts an Verbands- entscheidungen . . . . .	8
I. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	8
II. Die Funktion des Entscheidungsteilhaberechts von Gesellschaftern und Aktionären . . . . .	8
III. Die Transformation des Teilhaberechts in einen durchsetzbaren Anspruch . . . . .	10
1. Die Bindung der Geschäftsführung an den Gesellschafter- Entscheid . . . . .	10
2. Rechtliche Betroffenheit aller Gesellschafter . . . . .	12
3. Auszuscheidende Fälle . . . . .	13
4. Im Überblick: Denkbare Rechtsbehelfe zur Durchsetzung der Befolgungspflicht . . . . .	14
IV. Kompetenzschutzklage als Instrument der objektiven Rechts- kontrolle? . . . . .	15
V. Befolgungsanspruch als materielles Recht der Gesellschaft bzw. des beschließenden Organs? . . . . .	16
1. Der Ansatz . . . . .	16
2. Das subjektive Recht auf Entscheidungsteilhabe . . . . .	17
3. Ersatzaufsichtsrecht des Aktionärs . . . . .	18
VI. Befolgungsanspruch auf deliktsrechtlicher Grundlage? . . . . .	19
1. Mitgliedschaft als subjektives Recht . . . . .	19
2. Mitgliedschaft als „sonstiges“ Recht . . . . .	22
a) Ausschluß- und Nutzungsfunktion . . . . .	22
b) Zur Funktion des subjektiven Rechts . . . . .	23
c) Die Parallele zur gewöhnlichen Forderung . . . . .	24
d) Die Präexistenz des Herrschaftsobjekts . . . . .	25
e) Herrschaftsrechte an anderen Rechtspersonen? . . . . .	27
f) Kein Deliktsschutz der allgemeinen Handlungsfreiheit . . . . .	29
g) Sozialtypische Offenkundigkeit . . . . .	31



3. Zwischenergebnis . . . . .	33
a) Kein Deliktsschutz mitgliedschaftlicher Rechte im Verbands- innenverhältnis . . . . .	33
b) Negatorischer Schutz von Mitgliedsrechten gegenüber Dritten? .	34
VII. Die verbandsrechtliche Grundlage des Befolungsanspruchs . . . . .	36
1. Das Holzmüller-Urteil des BGH . . . . .	36
2. Kein Schadensersatzanspruch . . . . .	37
3. Kein Abwehranspruch . . . . .	38
4. Der Befolungsanspruch als primärer Erfüllungsanspruch aus dem Mitgliedschaftsverhältnis . . . . .	38
5. Das Einberufungsquorum: Ein Einwand? . . . . .	40
6. § 118 I AktG: Ein Einwand? . . . . .	41
VIII. In Sonderheit: Die Teilnahme Unbefugter an der Abstimmung . . . . .	42
C. Zusammenfassung . . . . .	43
 § 2 Die actio pro socio . . . . .	45
A. Problemstellung . . . . .	45
B. Die materiellrechtliche Zuordnung von Sozialansprüchen . . . . .	46
I. Das Postulat eines eigenen Leistungsanspruchs des Gesellschafters . . . .	46
1. Personengesellschaft . . . . .	46
2. Kapitalgesellschaften . . . . .	46
a) Rechtsgrundlagen mitgliedschaftlicher Leistungsansprüche . . . .	46
b) Die verbandsrechtliche Begründung eines eigenen Forderungs- rechts des Gesellschafters . . . . .	47
c) Deliktsrechtliche Begründungsversuche . . . . .	52
II. Innengesellschaft neben der GmbH? . . . . .	52
III. Deliktische Verkehrspflicht für fremdes Vermögen? . . . . .	53
IV. Haftung nach §§ 823 II BGB, 43 GmbHG? . . . . .	54
V. Die Differenzierung der Treupflicht . . . . .	55
1. Treupflicht gegenüber den anderen Mitgliedern . . . . .	56
2. Treupflicht gegenüber dem Verband . . . . .	56
a) Entscheidungen in Geschäftsführungsangelegenheiten . . . . .	56
b) Schädigungsverbot . . . . .	57
c) Entscheidungen in Grundlagenangelegenheiten . . . . .	59
VI. Die Umsetzung des Zweckverfolgungsinteresses in Rechtspositionen der Gesellschaft . . . . .	61
VII. Das Argument der materiellen Konfliktbeteiligung . . . . .	64
VIII. Das Argument des Gesellschafter-Eigeninteresses . . . . .	65
IX. Das Gesellschaftsinteresse als imaginäre Größe . . . . .	67
1. Die Projektionsidee . . . . .	67
2. § 117 I 2 AktG und die Problematik der Reflexschäden . . . . .	69
3. Die mitbestimmte Gesellschaft als eigenständiger Interessenträger .	70



X. Das Argument der drohenden Ausfallhaftung . . . . .	71
1. GmbH . . . . .	71
2. Personengesellschaft . . . . .	72
XI. Klage aus eigenem Recht bei Gleichheitsverstoß? . . . . .	73
C. Die actio pro socio und die Kompetenzordnung der GmbH . . . . .	74
I. Überblick über die Zuständigkeit für die Anspruchsverfolgung nach dem GmbHG . . . . .	75
II. Insbesondere § 46 Nr. 8 GmbHG . . . . .	76
III. Der Normzweck des § 46 Nr. 8 GmbHG: Schutz von Gesellschafts- interna? . . . . .	77
IV. §§ 46 Nr. 2, 8 GmbHG: Das Hierarchieprinzip . . . . .	79
V. § 46 Nr. 2, 8 GmbHG: Das Prinzip der beschränkten Haftung . . . . .	79
VI. Konsequenzen für die actio pro socio . . . . .	80
VI. Die Einzelklage nach gefaßtem Einforderungsbeschluß . . . . .	82
VII. Mögliche Alternativen zur actio pro socio . . . . .	83
1. Kombinierte Zustimmung- und Schadensersatzklage? . . . . .	83
2. Beschlußmängelklage gegen den die Einforderung ablehnenden Beschluß? . . . . .	84
IX. Die Vereinfachungsfunktion der actio pro socio . . . . .	86
1. Die Wertungsgrundlagen bei Schadensersatzansprüchen . . . . .	86
2. Die Wertungsgrundlagen bei Einlageansprüchen . . . . .	89
3. Prozeßökonomie und mitgliedschaftliche Pflichtenstellung . . . . .	90
4. Tu-quoque-Einwand des Beklagten? . . . . .	93
5. Klagebefugnis auch des stimmrechtslosen Anteilsinhabers . . . . .	94
X. Actio pro socio und Verzichtsbeschluß . . . . .	94
D. Die Position der übergangenen Gesellschafter in der GmbH . . . . .	96
I. Problemstellung . . . . .	96
1. Der Beitrag des übergangenen Gesellschafters zur gesellschafts- internen Willensbildung . . . . .	96
2. Der hypothetische Einforderungsbeschluß und die gegen ihn gerichteten Rechtsbehelfe . . . . .	97
II. Hauptintervention? . . . . .	98
1. Intervention der Gesellschaft? . . . . .	98
2. Intervention des übergangenen Gesellschafters? . . . . .	98
a) Negative Rechtsbehauptung . . . . .	98
b) Zum Normzweck des § 64 ZPO . . . . .	99
c) Folgerungen . . . . .	100
d) Das Problem der Rechtskraft inter partes . . . . .	101
III. Streitgenössische Nebenintervention . . . . .	102
E. Die actio pro socio im Kompetenzgefüge der Personenhandels- gesellschaft . . . . .	104
I. Schadensersatzansprüche . . . . .	105



II. Einlageansprüche . . . . .	106
III. Die actio pro socio als Ersatz für einen Einforderungsbeschluß . . . . .	108
1. Subsidiarität der actio pro socio . . . . .	108
2. Insbesondere die Schadensersatzklage wegen Verletzung des Wettbewerbsverbots . . . . .	110
3. Die actio pro socio als Ersatz selbst für den einstimmig zu fassenden Einforderungsbeschluß . . . . .	111
F. Die actio pro socio in der Aktiengesellschaft . . . . .	111
I. Schadensersatzansprüche . . . . .	111
1. Die Sperrwirkung des § 147 AktG . . . . .	111
2. Konzernrechtliche Ausnahmeregelungen . . . . .	113
3. In Sonderheit: Actio pro socio als Ersparnis der auf Rechts- verfolgung gerichteten positiven Beschlußfeststellungsklage? . . . . .	115
II. Verbotene Auszahlungen . . . . .	116
III. Der primäre Einlageanspruch . . . . .	117
IV. Gesamtwürdigung . . . . .	117
G. Rechtshängigkeit und Rechtskraft bei der actio pro socio . . . . .	118
I. Gesetzliche oder gewillkürte Prozeßstandschaft? . . . . .	118
II. Prozeßstandschaft und Rechtskrafterstreckung . . . . .	119
1. Die herrschende Lehre: Differenzierung zwischen gewillkürter und gesetzlicher Prozeßstandschaft . . . . .	119
2. Das Kriterium der Zumutbarkeit . . . . .	120
3. Das Kriterium der Verfügungsbefugnis . . . . .	121
4. Die „Insolvenzprobe“ . . . . .	122
III. Die verbandsrechtliche Zielsetzung der actio pro socio . . . . .	124
IV. Stellungnahme . . . . .	124
1. Die Irrelevanz ausschließlicher oder kumulativer Prozeßführungs- befugnis . . . . .	124
2. Die Irrelevanz der Verfügungsbefugnis . . . . .	125
3. Ein Anspruch – eine Klagebefugnis . . . . .	126
4. Folgerungen . . . . .	128
V. Die actio pro socio bei nachlässiger Prozeßführung durch die Gesell- schaft . . . . .	129
1. Problemstellung . . . . .	129
2. Eigener Anspruch des Gesellschafters als Ausweg? . . . . .	130
3. Beitritt des Gesellschafters als Hauptpartei? . . . . .	131
4. Haupt-/Nebenintervention? . . . . .	132
5. Aufnahme des Rechtsstreits analog § 241 I ZPO? . . . . .	133
6. Der Gesellschafter als Sondervertreter . . . . .	134
a) § 46 Nr. 8 GmbHG? . . . . .	134
b) § 147 II 2, III 1 AktG analog? . . . . .	135
c) Insbesondere der Einlage- und Rückeinlageanspruch . . . . .	138



H. Die actio pro socio gegen den Fremdgeschäftsführer einer GmbH . . . . .	138
I. Problemstellung . . . . .	138
II. Die Ansicht der Rechtsprechung . . . . .	139
III. Organbestellung/Anstellungsvertrag mit Schutzwirkung für die Gesellschafter? . . . . .	140
IV. Instrumentalisierung des Befolungsanspruchs? . . . . .	141
V. Die Grundwertung der actio pro socio und ihre Überzeugungskraft gegenüber Fremdorganen . . . . .	143
J. Die „präventive“ actio pro socio in der Personengesellschaft . .	144
I. Der Primäranspruch auf Förderung des Gesellschaftszwecks . . . . .	144
II. Die Rolle der Organisationsverfassung . . . . .	145
1. Der Standpunkt des BGH . . . . .	145
2. Zur Bedeutung der Weisungsfreiheit . . . . .	146
3. Zur Bedeutung eines speziellen Überwachungsorgans . . . . .	147
4. Präventive Klagerechte bei Teilnahmerecht an Geschäftsführungsbeschlüssen . . . . .	148
5. Präventive Klagerechte ohne Teilnahmerecht an Geschäftsführungsbeschlüssen . . . . .	149
6. Die präventive actio pro socio außerhalb von Geschäftsführungsmaßnahmen . . . . .	152
K. Die actio pro socio nach Verlust der Mitgliedschaft . . . . .	152
I. Das Abgrenzungsproblem: Parteiwechsel oder § 265 ZPO? . . . . .	153
1. Die Interessenbewertung beim gesetzlichen Parteiwechsel nach §§ 239ff. ZPO . . . . .	153
a) §§ 239, 242 ZPO . . . . .	153
b) § 240 ZPO . . . . .	154
2. Die Interessenbewertung des § 265 ZPO . . . . .	155
a) Bei Bindung des Rechtsnachfolgers . . . . .	155
b) Bei fehlender Bindung des Rechtsnachfolgers . . . . .	157
3. Konsequenz: Dreiteilung der Rechtsfolgen . . . . .	157
II. Übertragung der Mitgliedschaft . . . . .	158
1. Die Radikallösung: Gänzlicher Verlust der Prozeßführungsbefugnis? . . . . .	158
2. Kohärenz von Prozeßvorteil und Kostenrisiko . . . . .	159
3. Gesellschafterwechsel und der Wortlaut des § 265 ZPO . . . . .	159
a) Die Bedeutung der materiellrechtlichen Anspruchszuordnung . .	159
b) Der Übergang der isolierten Prozeßführungsbefugnis als Anwendungsfall des § 265 ZPO . . . . .	160
4. Die gesetzessystematische Abstimmung zwischen § 265 ZPO und dem gesetzlichen Parteiwechsel . . . . .	161
a) Die Suche nach verallgemeinerungsfähigen Abgrenzungskriterien . . . . .	161



b) Parteiwechsel nur bei Schutz außenstehender Dritter? . . . . .	161
c) Der Anknüpfungspunkt des § 265 ZPO: Freiwillige Disposition oder Nachfolge in Einzelgegenstand? . . . . .	162
d) Zwischenergebnis: Die actio pro socio im Spannungsfeld der Abgrenzungskriterien . . . . .	165
5. Die beliebig wiederholbare Rechtsübertragung als Anknüpfungspunkt des § 265 ZPO . . . . .	166
6. Ergebnis . . . . .	168
7. Zur Position der unbeteiligten Gesellschafter . . . . .	169
III. Ersatzloses Ausscheiden aus der Gesellschaft . . . . .	169
1. Die Anwachsung als „Veräußerung“ i.S. des § 265 ZPO? . . . . .	169
2. Die actio pro socio im Liquidationsstadium: Ein Argument? . . . . .	170
3. Überlegungen zur Prozeßökonomie . . . . .	171
4. Fortsetzung des Prozesses durch die Gesellschaft? . . . . .	172
a) Die Prozeßführungsbefugnis als Zulässigkeitsvoraussetzung . . . . .	172
b) Nochmals: Zur Abgrenzung von Parteiwechsel und § 265 ZPO . . . . .	172
c) Zur Begründung eines gesetzlichen Parteiwechsels . . . . .	174
5. Ergebnis . . . . .	176
L. Zusammenfassung . . . . .	176
 § 3 Die Ausschlußklage . . . . .	179
A. Die Ausschlußklage in den Kapitalgesellschaften . . . . .	179
I. Die grundsätzliche Möglichkeit des Ausschlusses . . . . .	179
II. Das Gestaltungsklageprinzip . . . . .	181
III. Der Gestaltungsanspruch bei der Ausschlußklage . . . . .	182
1. Die materiellrechtliche Verpflichtung zum Ausscheiden . . . . .	182
2. Die Gesellschaft als Gläubigerin des Ausschlußanspruchs . . . . .	184
IV. Die Beteiligung des Mitgliedsorgans . . . . .	185
1. Das Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses in der GmbH . . . . .	185
2. Das Erfordernis eines Hauptversammlungsbeschlusses in der AG . . . . .	186
3. Einfache oder qualifizierte Mehrheit? . . . . .	190
a) Die Überlegungen in der bisherigen Diskussion . . . . .	190
b) Würdigung . . . . .	191
c) Der Erst-recht-Schluß aus § 186 III AktG . . . . .	192
4. Die Gegenwehr des Ausschlußbeklagten . . . . .	194
B. Die Ausschlußklage in der Personengesellschaft . . . . .	196
I. Zur Deutung des Ausschlußrechts . . . . .	197
1. Bisherige Ansätze . . . . .	197
2. Die Projektionsidee . . . . .	197
3. Der Ausschluß als Gegenstück zum Beitrittsvertrag: Ein Einwand? . . . . .	200
4. Zur Bedeutung von normativer und Realstruktur . . . . .	201
II. Der Ausschlußprozeß im Spiegel von Rechtsprechung und Literatur . . . . .	202



1. Prozessuale Ausgangsfragen . . . . .	202
2. Das Konzept des BGH . . . . .	202
a) Ausschlußklage durch alle übrigen Gesellschafter in materiell- rechtlich notwendiger Streitgenossenschaft . . . . .	202
b) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter . . . . .	204
c) Verbindung von Ausschluß- und Zustimmungsklage . . . . .	204
d) Materiellrechtliche Zustimmung oder Prozeßführungs- ermächtigung? . . . . .	205
e) Würdigung . . . . .	206
3. Zustimmungsurteil als Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Ausschlußklage? . . . . .	209
a) Der Ansatz . . . . .	209
b) Das Ausmaß der Abweichung vom Gesetzeswortlaut . . . . .	210
c) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter . . . . .	211
d) Würdigung . . . . .	211
4. Mehrseitige Rechtsverhältnisse und Zweiparteienprinzip . . . . .	212
a) Der Ansatz . . . . .	212
b) Würdigung . . . . .	215
5. Das Beiladungsmodell des § 856 ZPO . . . . .	216
a) Der Ansatz . . . . .	216
b) Das Ausmaß der Abweichung vom Gesetz . . . . .	218
c) Würdigung . . . . .	219
aa) Der Abschied vom Dogma der Gestaltungswirkung inter omnes . . . . .	219
bb) Beschränkung der Urteilswirkungen und das Ziel der einheitlichen Streiterledigung . . . . .	223
cc) Keine unterschiedliche Beteiligungsform auf Kläger- und Beklagtenseite . . . . .	224
dd) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	225
III. Stellungnahme: Die Gesellschaft als Ausschlußklägerin . . . . .	226
1. Parteirolle und Gesetzeswortlaut . . . . .	226
2. Das Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses . . . . .	227
3. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	228
4. Gesellschaftsinterne Konflikte als Erschwernis der Ausschließung? . . . . .	229
a) Gesellschaft mit Austrittsregel . . . . .	229
b) Gesellschaft mit Auflösungsregel . . . . .	231
5. Das Problem der Kostengerechtigkeit . . . . .	232
a) Disparität im Kostenrisiko . . . . .	232
b) Kostenerstattungsanspruch kraft mitgliedschaftlicher Treu- pflicht? . . . . .	233
c) Projektionsidee und Prozeßkosten . . . . .	233
IV. Rechtsformübergreifende Konsequenzen . . . . .	235
1. Die als actio pro socio erhobene Ausschlußklage in der Personen- gesellschaft . . . . .	235
a) Gesellschaft mit Austrittsregel . . . . .	235



aa) Die Überwindung des Widerspruchs dissentierender Gesellschafter . . . . .	235
bb) Gleichzeitiger Ausschluß mehrerer Gesellschafter . . . . .	236
b) Gesellschaft mit Auflösungsregel . . . . .	237
c) Der Stellenwert der Prozeßökonomie im Verhältnis zu den Individualinteressen der Gesellschafter . . . . .	238
aa) Korrelation von Prozeßökonomie und materiellrechtlichem Vorrang der Zweckverfolgung . . . . .	238
bb) Nochmals: Das Mitwirkungs-Zwischenurteil . . . . .	238
2. Die als actio pro socio erhobene Ausschlußklage in der Kapitalgesellschaft . . . . .	239
V. Exkurs: Die Entziehungsklage nach §§ 117, 127 HGB . . . . .	241
C. Das Abfindungsproblem in der GmbH im Lichte der Rechtsschutzeffizienz . . . . .	243
I. Die besondere Gefahr des Abfindungsausfalls . . . . .	243
II. Das Postulat der Gleichzeitigkeit von Abfindung und Verlust der Mitgliedschaft . . . . .	244
III. Das Konzept des BGH . . . . .	245
IV. Das Auflösungsmodell . . . . .	248
1. Der Ansatz . . . . .	248
2. Auflösungsrecht ohne Mitgliedschaft? . . . . .	249
3. Besicherung der Abfindung zu Zerschlagungswerten? . . . . .	249
V. Verlust der Mitgliedschaft gegen vorläufige Abfindung . . . . .	250
1. Der Ansatz . . . . .	250
2. Bedenken . . . . .	251
VI. Treupflicht und Suspendierung der Gesellschafterrechte . . . . .	251
1. Materiellrechtliche Grundlagen . . . . .	251
2. Die Suspendierungsklage . . . . .	252
3. Vorläufige Rechtsgestaltung im Hauptsacheverfahren: Ein Einwand? . . . . .	253
4. Entscheidungszuständigkeit nach Scheitern des Ausschlusses . . . . .	254
D. Ausschlußklage und Gesellschafterwechsel . . . . .	256
I. Unproblematische Fälle . . . . .	256
II. Gesellschafterwechsel auf der Seite des Ausschlußbeklagten . . . . .	257
1. Zum Meinungsstand . . . . .	257
2. Der höchstpersönliche Charakter des Streitgegenstandes . . . . .	258
3. Der mögliche Rückerwerb des Anteils als Bedrohung der Rechtsschutzeffizienz . . . . .	259
4. Die Feststellungswirkung von Gestaltungsurteilen . . . . .	259



§ 4	<i>Zwischenergebnis</i>	261
A.	Die Erwartungen an das Prozeßrecht gesellschaftsinterner Streitigkeiten	261
I.	Streiterledigung in einem einzigen Prozeß	261
1.	Allseitige Verbindlichkeit der Entscheidung	261
2.	Effektive Zweckverfolgung durch effektives Gerichtsverfahren	261
II.	Verschonung prozeßunwilliger Gesellschafter	262
B.	Legitimität und Verwirklichung der Erwartungen	263
I.	Der Zweckverfolgungsgedanke als Legitimationsfaktor	263
II.	Der Konflikt mit dem mitgliedschaftlichen Eigeninteresse	263
1.	Umverteilung der Initiativlast	263
2.	Gesellschafts- versus mitgliedschaftliches Eigeninteresse	264
III.	Die Parteirolle der Gesellschaft	265
1.	Die allseitige Verbindlichkeit der Entscheidung	265
2.	Zur Effizienz der Rechtsverfolgung	265
3.	Arbeitshypothese	266
C.	Prozeßrecht und Umfang materiellrechtlicher Interventionsbefugnisse	266
§ 5	<i>Der aktienrechtliche Beschlußmängelstreit</i>	268
A.	Das Gestaltungs-klageprinzip	268
I.	Anfechtungsklage als Gestaltungs-klage	268
II.	Nichtigkeitsklage als Gestaltungs-klage?	270
1.	Die Reichweite der Urteilswirkungen	270
2.	Die Identität des Streitgegenstands von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	270
3.	Konsequenz: Nichtigkeitsklage als Gestaltungs-klage?	272
a)	Der Ansatz	272
b)	Die Urteilswirkungen	272
c)	Rechtsschutzziel und Streitgegenstand	273
4.	Konsequenzen	275
B.	Die Kontrollfunktion des Anfechtungsrechts	276
I.	Materiellrechtlicher Anspruch auf rechtmäßige Beschlußfassung?	277
1.	Die These	277
2.	Die Anfechtungsklage als actio negatoria?	278
3.	Die Beschlußfassung in Geschäftsführungsangelegenheiten	279
4.	Die Beschlußfassung in Grundlagenangelegenheiten	280
a)	Kapitalerhöhung zur Vermeidung der Zwangslöschung	280
b)	Sanierende Kapitalherabsetzung	281



c) Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluß . . . . .	283
d) Hinausdrängen von Aktionären durch Umgehungsmaßnahmen . . . . .	285
5. Die Novelle von 1884: Ein Einwand? . . . . .	287
II. Der Beschlußmängelstreit als objektives Rechtsbeanstandungsverfahren . . . . .	287
1. Objektive Rechtskontrolle ohne subjektiven Anspruch . . . . .	287
2. Rechtskontrolle in privater Initiative statt Aktienamt . . . . .	289
3. Außenwirksame Beschlüsse und die Verteidigung von Drittinteressen: Ein Einwand? . . . . .	291
4. Objektive Rechtskontrolle durch den Registerrichter: Ein Einwand? . . . . .	291
C. Zur Funktion der Beklagtenrolle der Gesellschaft . . . . .	294
I. Die praktische Unmöglichkeit der Klage gegen alle Mitaktionäre . . . . .	295
II. Allseitige Rechtskraft ohne notwendige allseitige Prozeßbeteiligung . . . . .	296
III. Exkurs: Beschlußmängelstreit und Auskunftserzwingungsverfahren. . . . .	297
D. Die Beteiligung der übrigen Aktionäre . . . . .	302
I. Mehrheit von Anfechtungsklagen? . . . . .	302
1. Verbindungszwang und Rechtshängigkeitssperre . . . . .	302
2. Zum Streitgegenstand der Beschlußmängelklage . . . . .	303
a) Die potentielle Vielfalt von Beschlußmängeln . . . . .	303
b) Ein Beschluß – ein Streitgegenstand? . . . . .	304
c) Die Aussagen des zweigliedrigen Streitgegenstandsbegriffs . . . . .	305
d) Streitgegenstand und verbandsrechtliche Grundlagen der Anfechtungsbefugnis . . . . .	306
e) Folgerungen für das Verhältnis von Verbindungszwang und Rechtshängigkeitssperre . . . . .	308
3. Zum Zweck des Verbindungszwangs . . . . .	308
II. Prozeßbeteiligung ohne Klagebefugnis . . . . .	311
1. Das Gebot des rechtlichen Gehörs . . . . .	311
2. Die streitgenössische Nebenintervention als Instrument der Prozeßbeeinflussung . . . . .	313
3. Die Anwendung des § 69 ZPO auf mehrseitige Streitverhältnisse . . . . .	314
a) Rechtsverhältnis zwischen Nebenintervenienten und Gegner der Hauptpartei? . . . . .	314
b) Grenzen des Wortlauts und teleologische Extension . . . . .	318
III. Die Folgen verwehrter Prozeßbeteiligung . . . . .	321
1. Klagabweisendes Urteil . . . . .	321
2. Stattgebendes Urteil . . . . .	322
E. Aspekte der Kostengerechtigkeit . . . . .	324
I. Die Risiko-Disparität zwischen Mehrheit und Minderheit . . . . .	324
II. Die Legitimation der Disparität in der AG . . . . .	324
1. § 117 VII Nr. 1 AktG . . . . .	324



2. Entlastung des Passivrubrums . . . . .	326
3. Mehrheitsprinzip als Legitimationsfaktor? . . . . .	326
a) Mehrheitsprinzip und Richtigkeitsgewähr . . . . .	326
b) Richtigkeitsgewähr und stattgebendes Anfechtungsurteil . . . . .	327
F. Die positive Beschlußfeststellungsklage . . . . .	328
I. Rechnerisch fehlerhaft verkündete Ablehnungsbeschlüsse . . . . .	328
II. Treuwidrige Ablehnungsbeschlüsse . . . . .	330
1. Die These von der Nichtigkeit treuwidriger Stimmen . . . . .	330
2. Mängel in der Begründung der Nichtigkeitsthese . . . . .	331
a) Überblick . . . . .	331
b) Nichtigkeit der Stimmabgabe und allseitige Disposition über das Gesellschaftsinteresse . . . . .	332
c) Die Aussagen des § 243 II AktG . . . . .	333
d) Zur Prüfungskompetenz des Versammlungsleiters . . . . .	333
e) Erste Ansätze zu einer Rechtsgeschäftslehre in Verbänden: Die Rechtsfolge von Verstößen gegen das Gesellschaftsinteresse . . . . .	335
f) Ergebnis . . . . .	336
3. Die Vereinfachungsfunktion der positiven Beschlußfeststellungs- klage . . . . .	336
a) Die Vereinfachung bei der Klageerhebung . . . . .	337
b) Die Vereinfachung bei der tatsächlichen Durchsetzung der gerichtlich festgestellten Zustimmungspflicht . . . . .	337
c) Ergebnis: Positive Beschlußfeststellungsklage als zwingende Vervollständigung des Rechtsschutzes . . . . .	339
4. Umverteilung der Rechtsschutzinitiative . . . . .	341
a) Das rechtliche Gehör im Beschlußfeststellungsprozeß . . . . .	341
b) Die These von der Notwendigkeit eines ergänzenden Zustim- mungsurteils . . . . .	342
c) Gestaltungselemente im Beschlußfeststellungsprozeß . . . . .	343
d) Prozessuale Vereinfachung und verbandsrechtliche Grundlagen . . . . .	345
aa) Die besondere Schutzwürdigkeit des Klägers . . . . .	345
bb) Mehrheitsprinzip und Vorrang der effektiven Zweck- verfolgung . . . . .	345
5. Positive Beschlußfeststellungsklage auch bei Satzungsänderungen . . . . .	347
III. Positive Beschlußfeststellungsklage und Einberufungsquorum . . . . .	349
1. Bei rechnerisch fehlerhaft ermitteltem Abstimmungsergebnis . . . . .	349
2. Bei treuwidriger Ablehnung des Beschlußantrags . . . . .	350
IV. Zustimmungspflicht und Ermessensfehler . . . . .	350
1. Problemstellung . . . . .	350
2. Die Vielfalt rechtmäßiger Stimmabgaben . . . . .	351
3. Befangenheit und Enthaltungspflicht . . . . .	351
V. Positive Beschlußfeststellungsklage bei Beschlüssen mit individuellem Zustimmungserfordernis? . . . . .	353



1. Der Zusammenhang von positiver Beschlußfeststellungsklage und Mehrheitsprinzip . . . . .	353
2. Positive Beschlußfeststellungsklage und individuelles Zustimmungserfordernis . . . . .	353
a) Fehlerhafte contra unwirksame Beschlüsse . . . . .	353
b) Die Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit . . . . .	355
c) Klage auf Feststellung der Wirksamkeit? . . . . .	358
d) Positive Beschlußfeststellungsklage und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	358
e) Positive Beschlußfeststellungsklage und Sonderbeschluß . . . . .	359
VI. Der fehlerhafte positiv festzustellende Beschluß . . . . .	360
1. Problemstellung . . . . .	360
2. Der Anfechtungseinwand im Verfahren über die positive Beschlußfeststellungsklage . . . . .	361
3. Neuerliche Anfechtungsklage gegen den gerichtlich festgestellten Beschluß? . . . . .	361
a) Die Aussagen der Streitgegenstandslehre . . . . .	362
b) Gestaltungsgrund und Rechtskraft . . . . .	362
c) Folgerungen . . . . .	363
G. Anfechtungsklage und Mitgliederwechsel . . . . .	364
I. Aktienübergang nach Fristablauf . . . . .	364
II. Aktienübergang vor Fristablauf und Klageerhebung . . . . .	364
III. Aktienübergang nach Klageerhebung . . . . .	366
IV. Das Schicksal der Nichtigkeitsklage . . . . .	368
 § 6 <i>Der Beschlußmängelstreit in der GmbH</i> . . . . .	 370
A. Anfechtungsgegenstand . . . . .	370
B. Anfechtungsbefugnis . . . . .	372
I. Umfang der Anfechtungsbefugnis des Gesellschafters . . . . .	372
1. Objektive Rechtskontrolle auch in der GmbH . . . . .	372
2. Die Bedeutung des § 245 Nr. 1 AktG . . . . .	373
a) 245 Nr. 1 AktG und das Verbot widersprüchlichen Verhaltens . . . . .	373
b) Korrelation von Widerspruchserfordernis und Mehrheitsprinzip . . . . .	374
c) Beschlüsse im schriftlichen Verfahren . . . . .	376
II. Anfechtungsbefugnis des Geschäftsführers? . . . . .	377
1. Die Bedeutung der Weisungsabhängigkeit . . . . .	377
2. Die Notwendigkeit der Beschlußverteidigung durch den Geschäftsführer . . . . .	377
3. Anfechtungsbefugnis analog § 245 Nr. 5 AktG . . . . .	380
C. Anfechtungsklageerfordernis . . . . .	381



I. Klageerfordernis und Realstruktur der GmbH . . . . .	381
II. Die These von der „internen Nichtigkeit“ fehlerhafter Beschlüsse . . . . .	383
III. Anfechtungserklärung statt Anfechtungsklage? . . . . .	383
IV. Prozessuale Bedenken . . . . .	384
1. Die allgemeine Feststellungsklage als Alternative zur Anfechtungsklage . . . . .	384
2. Gesellschafter als Parteien des Feststellungsstreits? . . . . .	384
3. Feststellungsklage durch und gegen die Gesellschaft? . . . . .	386
4. Nichtigkeitsklage analog §§ 249 I 1, 241 Nr. 5 AktG . . . . .	386
5. Der Verzicht auf das Klageerfordernis als Einbuße an Rechtssicherheit . . . . .	388
6. Die rasche Klärung des Beschlußmängelstreits als universales Desiderat . . . . .	389
7. Zum Argument der Überlastung der Gerichte . . . . .	390
8. Realtypische Argumentation und Kleine AG . . . . .	391
V. Ergebnis . . . . .	392
D. Anfechtungsfrist . . . . .	392
I. Die Anfechtungsfrist in der Praxis der Gerichte . . . . .	392
II. Die Argumentation aus der Realstruktur . . . . .	395
1. Tatsächliche Unterschiede zwischen AG und GmbH . . . . .	395
2. Materiellrechtliche oder prozessuale Frist? . . . . .	396
3. Fristbindung, Treuepflicht und die Ambivalenz der Realstruktur . . . . .	397
III. Die Notwendigkeit einer festen Frist . . . . .	399
IV. Fristbeginn . . . . .	400
1. Grundsatz: Fristbeginn ab Beschlußfassung . . . . .	401
2. Ausnahme: Spätere Einigung über den Beschlußinhalt . . . . .	401
V. In Sonderheit: Vergleichsverhandlungen über den Beschluß . . . . .	402
1. Interessenlage . . . . .	402
2. Die analoge Anwendung des § 203 BGB n.F. . . . .	402
3. Überlegungsfrist . . . . .	404
4. Vergleichsverhandlungen in der Kleinen AG . . . . .	404
E. Gesellschaft als Klagegegner . . . . .	405
I. Mediatisierung und Praktikabilität . . . . .	405
II. Die Stellung unbeteiligter Gesellschafter . . . . .	406
F. Die Rechtslage bei fehlender Beschlußverkündung in der GmbH . . . . .	408
I. Die Feststellungsklage als statthafte Klageart . . . . .	408
II. Parteien des Feststellungsprozesses . . . . .	409
1. Ambivalenz der Rechtsbehauptung . . . . .	409
2. Der drohende Beschlußvollzug: Ein Einwand? . . . . .	410
3. Gesellschaft als Partei und Mehrheits-Vertrauen . . . . .	411
4. Das Kompetenzschutzinteresse des Gesellschafters bei unklarem Beschlußinhalt . . . . .	412



5. Doppeltes Rechtsschutzbegehren . . . . .	412
6. Exkurs: Die Funktion der Beschlußverkündung in § 130 II AktG . .	414
III. Klagefrist? . . . . .	415
IV. Der fehlerhafte festzustellende Beschluß . . . . .	416
1. Problemstellung . . . . .	416
2. Zum Vergleich: Die positive Beschlußfeststellungsklage . . . . .	416
3. Die Beschlußmängel-Widerklage . . . . .	417
G. Anwendung der §§ 241 ff. AktG auf unwirksame Beschlüsse in der GmbH? . . . . .	418
 § 7 <i>Der Beschlußmangelstreit in der Personengesellschaft</i> . . .	420
A. Zum Streitstand . . . . .	420
I. Die Ablehnung der §§ 241 ff. AktG durch die herrschende Lehre . . . .	420
II. Die Korrelation der §§ 241 ff. AktG mit dem Mehrheitsprinzip . . . .	423
III. Personalistische und kapitalistische Gesellschaften . . . . .	423
IV. Fehlerhafte Vertragsänderungen . . . . .	424
B. Das Modell der §§ 241 ff. AktG – Einschränkung oder Erweiterung des Rechtsschutzes gegen fehlerhafte Beschlüsse? . . . . .	425
I. Nichtigkeit nach §§ 134, 138, 125 BGB? . . . . .	425
II. Nichtigkeit als Folge eines verbandsrechtlichen Aufhebungsanspruchs .	427
1. Die Differenzierung zwischen interner und genereller Nichtigkeit . .	427
2. Nichtigkeit und Aufhebungsanspruch . . . . .	428
3. Beschlüsse mit Außenwirkung? . . . . .	429
a) Die grundsätzliche Beschränkung der Beschlußwirkungen auf das Verbandsinnenverhältnis . . . . .	430
b) Die fehlende normative Relevanz der Außenwirkung für die Reichweite der Beschlußmängelfolgen . . . . .	432
III. Nichtigkeit wegen Überschreitung der Mehrheitsbefugnisse? . . . . .	434
1. Überschreitung der Mehrheitsbefugnisse und die Frage nach den Rechtsfolgen . . . . .	435
2. Mehrheitsprinzip und Handlungsfähigkeit des Verbandes . . . . .	435
3. Endgültige Wirksamkeit des nicht angefochtenen Beschlusses . . . .	436
4. Befugnis zur Berufung auf Beschlußmängel . . . . .	437
5. Klageerfordernis und Klagegegner . . . . .	438
6. Anfechtungsfrist . . . . .	439
7. Vorläufige Wirksamkeit von Mehrheitsbeschlüssen bis zur gericht- lichen Klärung . . . . .	440
8. Ergänzende Vertragsauslegung und Institutionenbildung . . . . .	440
a) Die §§ 241 ff. AktG als rechtsformübergreifend angemessenes Lösungsmodell . . . . .	440
b) Die historische Entwicklung der Beschlußkontrolle: Ein Einwand? . . . . .	441



c) Nochmals: Der Zusammenhang mit dem Mehrheitsprinzip . . .	441
d) Methodische Ableitung . . . . .	442
C. Im einzelnen: Die §§ 241 ff. AktG in OHG und KG . . . . .	444
I. Unstreitiger oder verbindlich festgestellter Mehrheitsbeschluß als Anfechtungsgegenstand . . . . .	445
II. Einstimmiger Beschluß als Anfechtungsgegenstand? . . . . .	446
1. Die §§ 241 ff. AktG als Antwort auf das Mehrheitsprinzip . . . . .	446
2. Einstimmige Beschlüsse mit (unstreitigem) Stimmverbot . . . . .	446
3. Einstimmig gefaßte, aber nichtige Beschlüsse . . . . .	448
4. Klageverbindung bei mehrfachem Rechtsschutzbegehren . . . . .	448
III. Anfechtungsbefugnis . . . . .	450
1. Objektive Kontrollbefugnis? . . . . .	450
2. Die Anfechtung von Geschäftsführungsbeschlüssen durch nichtgeschäftsführende Gesellschafter . . . . .	452
3. Die Rolle des § 245 Nr. 1 AktG . . . . .	453
D. Anwendung der §§ 241 ff. AktG auf unwirksame Beschlüsse? . .	454
I. Das von der Anfechtungsklage abweichende Klageziel . . . . .	455
II. Gesellschaft als Beklagte? . . . . .	456
1. Das Erfordernis eines unstreitigen Beschlußinhalts . . . . .	456
2. Umverteilung der Initiativbefugnisse . . . . .	457
3. Vorsorge im Beschlußverfahren . . . . .	458
4. Die besondere Interessenlage in der Massengesellschaft . . . . .	459
5. Ergebnis . . . . .	460
III. Parteirolle bei Streit über die Tatsache der einstimmigen Beschluß- fassung . . . . .	461
E. Die gerichtliche Durchsetzung von Zustimmungspflichten in der Personengesellschaft . . . . .	462
I. Mehrheitsbeschlüsse . . . . .	462
II. Einstimmige Beschlüsse . . . . .	462
1. Der Unterschied zum Organisationsrecht der Kapitalgesellschaften .	462
2. Die Vereinfachungstechnik der positiven Beschlußfeststellungs- klage . . . . .	464
3. Zum bisherigen Meinungsstand . . . . .	465
a) Die Erzwingung der Zustimmung durch Leistungsklage . . . . .	465
b) Unbeachtliche Zustimmungsverweigerung in Abhängigkeit vom Beschlußgegenstand? . . . . .	465
c) Unbeachtliche Zustimmungsverweigerung in Abhängigkeit von der Außenwirkung des Beschlusses? . . . . .	466
d) Evidenz und Dringlichkeit . . . . .	467
e) Stellungnahme . . . . .	468
aa) Die Stimme als Willenserklärung . . . . .	468
bb) Nichtigkeit treuwidriger Zustimmungsverweigerung? . . . .	468



cc) Ausschluß von der Abstimmung? . . . . .	469
dd) Materielles Recht und Vereinfachung des Rechtsschutzes . .	469
4. Das Gestaltungs-klageprinzip und der Vorrang des Gesellschafts-	
interesses . . . . .	471
a) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	471
b) Der Vorrang des Gesellschaftsinteresses bei Geschäftsführungs-	
entscheidungen . . . . .	472
d) Kein Vorrang des Gesellschaftsinteresses bei Grundlagenstreitig-	
keiten . . . . .	473
5. Parteien des Rechtsstreits . . . . .	474
a) Gesellschaft als Klägerin . . . . .	474
b) Gesellschafter als Kläger . . . . .	475
c) Zustimmungspflichtiger Gesellschafter als Beklagter . . . . .	476
III. Von der positiven Beschlußfeststellungsklage zu einer allgemeinen	
beschlußersetzenden Gestaltungs-klage . . . . .	477
1. Der Ursprung der positiven Beschlußfeststellungsklage: Komplettie-	
rung des Anfechtungsrechtsschutzes . . . . .	477
2. Feststellungs- und Gestaltungselemente bei der positiven Beschluß-	
feststellungsklage . . . . .	477
3. Der Anwendungsbereich der beschlußersetzenden Gestaltungs-	
klage . . . . .	478
a) Negativbeschluß als Voraussetzung? . . . . .	478
b) Zustimmungsbedürftiger Beschluß in der Kapitalgesellschaft? . .	479
c) Verweigerter Mehrheitsbeschluß . . . . .	479
d) In Sonderheit: Verweigerter Gewinnverwendungsbeschluß in der	
GmbH . . . . .	482
IV. Die Behandlung des treuwidrigen Widerspruchs nach § 115 I HGB . .	484
1. Nichtigkeit des treuwidrigen Widerspruchs? . . . . .	484
2. Die Beseitigung des Widerspruchs durch Gestaltungs-klage . . . . .	486
3. Parteien des Rechtsstreits . . . . .	487
V. Klagefrist für die beschlußersetzende Gestaltungs-klage? . . . . .	487
1. Fristablauf und Rechtmäßigkeit . . . . .	487
2. Fortbestehende Verpflichtung der Gesellschafter zur Fassung eines	
gegenläufigen Beschlusses? . . . . .	489
3. Folgerungen . . . . .	490
a) Verweigerter Mehrheitsbeschluß . . . . .	491
b) Mangels allseitiger Zustimmung nicht zustande gekommener	
einstimmiger Beschluß . . . . .	491



§ 8	<i>Rechtsformübergreifende Probleme des Beschlußmängelstreits</i>	493
A.	Die Gesellschaft als Beklagte in Personengesellschaft und GmbH: Gerechte Verteilung des Prozeßkostenrisikos?	493
I.	Der Einwand	493
II.	Vermeidung der Disparität durch Parteirollen-Zuweisung an Gesellschafter?	494
III.	Kompensation der Disparität durch materiellrechtlichen Erstattungsanspruch?	495
IV.	Folgerungen	497
1.	Kein Kostenrisiko für die Teilnahme an Verbandsentscheidungen	497
2.	Legitimationsprinzipien für die Verteilung von Kostenrisiken im gesellschaftsinternen Rechtsstreit	498
a)	Verdeckte Nachschußpflichten	498
b)	Die Zuständigkeit für die Inanspruchnahme des Gesellschaftsvermögens	498
B.	Die §§ 241 ff. AktG bei Verstoß gegen vertragliche Stimmbindungen	499
I.	Problemstellung	499
II.	Stimmbindung als Konkretisierung der Treupflicht?	500
III.	Stimmbindung als Quelle der Satzungsauslegung?	500
IV.	Stimmbindung als Regelung „der Gesellschaft“?	501
V.	Zum Stellenwert der Prozeßökonomie	502
VI.	Anfechtbarkeit des Beschlusses kraft ergänzender Vertragsauslegung	503
VII.	Die Rechtsverteidigung der Gesellschaft: Ein Einwand?	505
VIII.	Fehlende Publizität: Ein Einwand?	506
IX.	Kollision der Kontrollmaßstäbe: Ein Einwand?	507
1.	Verkappte Rückkehr zum Einstimmigkeitsprinzip?	507
2.	Zum Rangverhältnis kollidierender Stimmpflichten	509
3.	Vertraglich vereinbarte Satzungsänderung oder Satzungsabweichung	509
X.	Stimmbindung und Vollstreckbarkeit: Ein Einwand?	510
1.	Der Ansatz	510
2.	Die Abstimmungsfreiheit unter dem Eindruck drohender Schadensersatzpflicht	511
3.	Die Besonderheiten allseitiger Stimmbindungen	512
XI.	Anfechtungsfrist	513
C.	Der organübergreifende Beschlußmängelstreit	514
I.	Verwaltungsorgane in der GmbH außerhalb der Geschäftsführung	515
1.	Obligatorischer Aufsichtsrat	515
2.	Fakultative Organe	516
a)	Meinungsstand	516



b) Kritik . . . . .	517
c) Anfechtungsbefugnis und Prozeßmodell als Ergebnis der Satzungsauslegung . . . . .	518
II. Genehmigtes Kapital mit Bezugsrechtsausschluß . . . . .	519
1. Materiellrechtliche Voraussetzungen . . . . .	519
2. Aktionärsklage zur Abwehr des Eingriffs in die mitgliedschaftliche Rechtsstellung? . . . . .	520
3. Anfechtungsklage gegen den Vorstandsbeschluß . . . . .	521
a) Anmeldepflichten bei der Kapitalerhöhung . . . . .	521
b) Informationsrechte der Aktionäre . . . . .	521
aa) Die Verweisung in § 203 II 2 AktG auf § 186 IV AktG . . . . .	521
bb) Die These von der Vorab-Berichtspflicht bei Ausnutzung des genehmigten Kapitals . . . . .	523
cc) Vorabbericht und Gesetzeswortlaut . . . . .	525
dd) Vorab-Berichtspflicht und Effizienz der Kapitalmaßnahme . . . . .	526
c) Prozessuale Folgerungen . . . . .	530
d) Nochmals: Zum Zweck des Vorabberichts . . . . .	532
III. Exkurs: Befristung der Kompetenzschutzklage? . . . . .	533
D. Die konkurrierende Kompetenzschutzklage . . . . .	535
I. Problemstellung . . . . .	535
II. Die Kompetenzschutzklage bei unklarem Beschlußinhalt . . . . .	536
III. Die Kompetenzschutzklage während rechtshängiger Anfechtungs- klage . . . . .	537
1. Der Vorstand in der Zwickmühle widerstreitender Rechtsschutz- begehren . . . . .	537
2. Zur Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes . . . . .	538
3. Die analoge Anwendung der §§ 246, 248 AktG . . . . .	539
4. Rechtsbehauptung und Legitimation . . . . .	540
5. Der Inhalt der Bekanntmachung nach § 246 IV AktG . . . . .	541
6. Exkurs: Verbindung von Beschlußmängel- und Kompetenzschutz- klage? . . . . .	541
a) Kein Kompetenzschutzanspruch vor rechtskräftigem stattgeben- dem Anfechtungsurteil . . . . .	541
b) Kompetenzschutzantrag als uneigentliche Eventualklage . . . . .	541
c) Der Streit um die Zulässigkeit der uneigentlichen Eventual- häufung . . . . .	542
d) Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	543
E. Kompetenzschutzklage und gegenläufige Beschlußmängelklage . . . . .	544
I. Aktiengesellschaft . . . . .	544
II. GmbH . . . . .	545
III. Personengesellschaft . . . . .	546
IV. In Sonderheit: Der Streit um den Widerspruch nach § 115 I HS 2 HGB . . . . .	547
V. Zur Verteilung der Prozeßkosten . . . . .	548



§ 9	<i>Zwischenergebnis</i>	550
A.	Die Parteirolle der Gesellschaft als Antwort auf das Zweiparteienprinzip	550
B.	Leistungsgrenzen des Mediatisierungsmodells	551
I.	Das bipolare Rechtsverhältnis bei actio pro socio und Ausschlußklage	551
II.	Das multipolare Rechtsverhältnis im Beschlußmangelstreit	551
1.	Inter-partes-Wirkung des klagabweisenden Beschlußmangelurteils	551
2.	Antagonismus der Prozeßparteien und das Vertrauen der unbeteiligten Aktionäre	552
3.	Exkurs: Kein Anerkenntnis im aktienrechtlichen Beschlußmangelverfahren	552
a)	Rechtsschutzvertrauen und Verteidigungspflicht	552
b)	Die Erfüllung der Verteidigungspflicht als Teil der Garantie rechtlichen Gehörs	554
c)	Die Mitwirkung des Aufsichtsrats: Ein ausreichender Schutz für die Aktionäre?	556
4.	Alleinige Initiativbefugnis der Beschlußgegner	556
5.	Multipolarität und Indifferenz	557
C.	Zwei Modelle allseitig verbindlicher Klärung gesellschaftsinterner Streitigkeiten	558
I.	Gesellschaft als Partei	558
II.	Klage gegen einen Mitgesellschafter unter Beiladung der übrigen	559
III.	Optionenwahl	561
§ 10	<i>Organstreitigkeiten</i>	562
A.	Fehlerhafte Aufsichtsratsbeschlüsse	562
I.	Die Ablehnung der §§ 241 ff. AktG durch die herrschende Meinung	562
II.	Kritik	565
III.	Die Ausgestaltung des Beschlußkontrollverfahrens in Analogie zu §§ 241 ff. AktG	566
1.	Differenzierung zwischen nichtigen und anfechtbaren Beschlüssen	566
a)	Orientierung am Katalog der §§ 241 ff. AktG	566
b)	Einberufungsmängel	567
c)	Mitbestimmungs- und Gleichheitsverstöße	568
d)	Beschlußunfähigkeit	569
e)	Kompetenzüberschreitung	569
f)	Beschlüsse außerhalb einer Sitzung	570
2.	Klageerfordernis bei lediglich anfechtbaren Beschlüssen	570
3.	Anfechtungsbefugnis	571
4.	Verfahren	573



a) Klagegegner und Prozeßvertretung . . . . .	573
b) Rechtskraft . . . . .	575
5. Anfechtungsfrist . . . . .	576
IV. Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen . . . . .	577
B. Die Funktionengliederung im AG-Organisationsrecht: Überblick über das Streitpotential . . . . .	578
C. Der Streit um Informationspflichten . . . . .	578
I. Die herrschende Lehre . . . . .	578
II. Die Lehre vom Organrecht . . . . .	579
III. Die Lehre vom objektiven Rechtsbeanstandungsverfahren . . . . .	580
IV. Das Gesellschaftsvermögen als Streitvermögen des Interorganstreits . . . . .	581
V. Stellungnahme . . . . .	581
1. Das materiellrechtliche Konzept der herrschenden Lehre . . . . .	581
a) Widersprüchliche Deutung von § 90 III 1 und 2 AktG . . . . .	582
b) Informationsanspruch und Wissenszurechnung (§ 90 III 1 AktG) . . . . .	582
c) Kein Kompetenzschutz im eigenen Interesse des Aufsichtsrats- mitglieds (§ 90 III 2 AktG) . . . . .	583
d) Die Gesellschaft als Partei im Beschlußmängelprozeß: ein Einwand? . . . . .	583
e) Die Gesellschaft als Gegnerin mitgliedschaftlicher Kompetenz- schutz- und Auskunftsansprüche: ein Einwand? . . . . .	584
2. Gesellschaftsvermögen als Streitvermögen? . . . . .	586
a) Die Indifferenz der Gesellschaft zum Streitgegenstand . . . . .	586
b) Die funktionelle Parteilehre . . . . .	587
c) Die Übertragung der funktionellen Parteilehre auf den Organ- streit . . . . .	587
d) Insichprozeß und Zweiparteienprinzip . . . . .	589
3. Das Organrecht als notwendiges Korrelat einer funktionen- gegliederten Organisation . . . . .	590
a) Organrechte in Abgrenzung zu subjektiven Rechten . . . . .	590
b) Relative Rechtsfähigkeit? . . . . .	591
c) Subjektives Recht und Fremdnützigkeit . . . . .	592
d) Rechtsschutz nur für Beziehungen des Außenrechts? . . . . .	593
e) Innenrechtsstreit und Anspruchsstruktur . . . . .	593
4. Im einzelnen: Die Zuordnung von Organrechten und -pflichten . . . . .	594
VI. Der Einfluß der Neubesetzung von Organen während des Prozesses . . . . .	596
1. Austausch von Mitgliedern des prozeßführenden Kollegiums . . . . .	596
2. Austausch des prozeßführenden Einzelmitglieds . . . . .	598
D. Durchsetzung von Zustimmungsvorbehalten . . . . .	599
I. Aktienrechtliche Kompetenzordnung als rechtsschutzlose Zone? . . . . .	600
1. Der Ansatz . . . . .	600



2. Kritik . . . . .	601
II. Das Gedankengut der Kompetenzschutzklage . . . . .	602
1. Subjektives Recht oder Ersatzaufsicht? . . . . .	602
2. Subsidiäres Klagerecht . . . . .	603
3. Der Gegner des organschaftlichen Befolgungsanspruchs . . . . .	604
E. Die Aufsichtsratsminderheit im Kampf gegen die Aufsichtsrats-	
mehrheit und den Vorstand . . . . .	605
I. Der Fall Felten & Guilleaume . . . . .	605
II. Der Fall Adam Opel . . . . .	605
III. Der Fall ARAG/Garmenbeck . . . . .	606
IV. Problemstellung . . . . .	606
V. Meinungsstand . . . . .	607
VI. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	608
VII. Das Kompetenzschutzinteresse des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds . .	608
1. Ausgangspunkt: Beschlußmängelklage zur Erzwingung	
der Zustimmungsverweigerung . . . . .	608
2. Das Vorgehen bei statutarischem Zustimmungsvorbehalt . . . . .	611
3. Das Vorgehen bei ad-hoc-Zustimmungsvorbehalt . . . . .	611
4. Das Problem der Eventualklage gegen Dritte . . . . .	611
5. Aufsichtsrats-Klagebefugnisse und Corporate Governance . . . . .	614
6. Die actio pro socio: Eine alternative dogmatische Grundlage? . . .	615
7. Zur Bedeutung des § 245 Nr. 5 AktG . . . . .	616
a) Der Ansatz . . . . .	616
b) Zum Normzweck des § 245 Nr. 5 AktG . . . . .	616
c) Folgerungen . . . . .	618
F. Schadensersatzklagen einzelner Aufsichtsratsmitglieder? . . . . .	619
I. Problemstellung . . . . .	619
II. Actio pro socio und mitgliedschaftliches Eigeninteresse . . . . .	620
III. Prozeßökonomie und verbandsrechtliche Wertung . . . . .	620
G. Organschaftlicher Kompetenzschutzstreit in anderen Gesell-	
schaftsformen . . . . .	622
 § 11 Die Mediatisierung der Parteistellung und ihre Grenzen . .	624
A. Die Auflösungsklage . . . . .	624
I. GmbH . . . . .	624
1. Gestaltungswirkung für und gegen alle an der Gesellschaft Beteilig-	
ten . . . . .	624
2. Die Rechtsstellung der unbeteiligten Gesellschafter . . . . .	625
a) Erstreckung der Gestaltungswirkung . . . . .	625
b) Erstreckung der Rechtskraft . . . . .	627



3. Gesellschaft als Beklagte und Projektionsidee . . . . .	628
a) Prozessualer und materieller Ansatz . . . . .	628
b) Kein Existenzrecht der Gesellschaft um ihrer selbst willen . . . . .	628
c) Die Aussagen der Projektionsidee . . . . .	629
d) Parteirolle und Prozeßökonomie . . . . .	630
II. Personengesellschaft . . . . .	631
1. Der Wortlaut des § 133 HGB: Zwingende Prozeßbeteiligung aller Gesellschafter . . . . .	631
2. Gestaltungswirkung nur für die am Prozeß beteiligten Gesellschaf- ter . . . . .	632
3. Klage gegen die Gesellschaft? . . . . .	632
a) Die Parallele zur Ausschlußklage . . . . .	633
aa) Die organisationsrechtliche Komponente des Gesellschafts- vertrags . . . . .	633
bb) Die Projektionsidee . . . . .	634
b) Die Parteirollenverteilung im gesellschaftsinternen Konflikt . . . . .	634
III. Mitgliederwechsel während des Auflösungsprozesses . . . . .	635
1. Meinungsstand . . . . .	635
2. Mitgliederwechsel auf Klägerseite . . . . .	636
a) Auflösungsrecht als Desinvestitionsrecht . . . . .	636
b) Auflösungsrecht als Abwehr drohender Ungleichbehandlung . . . . .	637
3. Veräußerung auf Beklagtenseite . . . . .	638
B. Die Rechtslage in der Zweimanngesellschaft . . . . .	638
I. Mediatisierung und Prozeßökonomie . . . . .	638
II. Kostengerechtigkeit . . . . .	639
III. Einzelfragen . . . . .	640
1. Einforderung von Sozialansprüchen und Ausschlußklage . . . . .	641
2. Auflösungsklage . . . . .	642
3. Beschlußmängelstreitigkeiten . . . . .	643
4. Kompetenzschutzklage . . . . .	644
5. In Sonderheit: Das Abberufungsduell zweier Gesellschafter- Geschäftsführer einer GmbH . . . . .	645
IV. Die Rechtsstellung eines später beitretenden Gesellschafters . . . . .	647
1. Actio pro socio und Ausschlußklage . . . . .	647
2. Beschlußmängelstreitigkeiten . . . . .	648
C. Das Ausschlußduell zweier Gesellschafter . . . . .	649
I. Problemstellung . . . . .	649
II. Die Gesellschaft als untaugliche Streitpartei . . . . .	651
III. Die Rechtslage bei Ausschlußreife beider Kontrahenten . . . . .	652
1. Wichtiger Grund und Verhalten der Mitgesellschafter . . . . .	652
2. Ausschluß beider Gesellschafter durch stattgebendes Urteil auf Klage und Widerklage? . . . . .	654
a) Die Notwendigkeit eines doppelten Ausschließungsbeschlusses . . . . .	654



b) Keine Verteidigung des Gesellschaftsinteresses durch ausschluß- reifen Gesellschafter . . . . .	654
c) Amtswegige Information der unbeteiligten Gesellschafter und Hauptintervention der Gesellschaft . . . . .	655
d) Actio pro socio und Hauptintervention . . . . .	657
D. Der Feststellungsstreit im Grundlagenbereich . . . . .	657
I. Der Ausschluß durch Gesellschafterbeschluß . . . . .	658
1. Problemstellung . . . . .	658
2. Die Rechtsprechung zum Ausschließungsbeschluß in Personengesell- schaften . . . . .	658
3. Materiellrechtlich notwendige Streitgenossenschaft zwischen allen Gesellschaftern . . . . .	661
4. Gesamtanalogie zu §§ 856 ZPO, 248 AktG . . . . .	662
5. Drittfeststellungsklage der Gesellschaft . . . . .	664
a) Der Ansatz . . . . .	664
b) Anspruch und Rechtsverhältnis . . . . .	665
c) Abschied von der Drittfeststellungsklage . . . . .	667
aa) Materiellrechtliche Abhängigkeit von Rechtsverhältnissen . . . . .	667
bb) Die Lehre von der Drittwirkung der Rechtskraft . . . . .	668
cc) Urteilstwirkungen und rechtliches Gehör . . . . .	669
dd) Feststellungswirkung inter omnes? . . . . .	670
ee) Urteilsbindung kraft materiellen Rechts . . . . .	671
ff) Das Verhältnis des Drittfeststellungsurteils zum Fest- stellungsurteil zwischen den Parteien des Drittrechts- verhältnisses . . . . .	671
gg) Folgerungen . . . . .	672
6. Stellungnahme: Anfechtung des Ausschließungsbeschlusses . . . . .	673
a) Ausgangspunkt: Die Rechtslage in der GmbH . . . . .	673
b) In Sonderheit: Die rechtsmißbräuchliche Berufung auf die Verfristung der Anfechtungsklage . . . . .	676
c) Folgerungen für die Personengesellschaft . . . . .	678
d) Ergebnis . . . . .	679
II. Personelle Veränderungen ohne Gesellschafterbeschluß . . . . .	680
1. Optionenwahl . . . . .	680
2. Gesellschaft als Prozeßpartei, vertreten durch alle übrigen Gesell- schafter? . . . . .	681
a) Der Ansatz . . . . .	681
b) Organisationskompetenz und Vertretungsmacht . . . . .	681
c) Rechtsbehauptung und Legitimation . . . . .	682
d) Legitimation durch allseitige Gesamtvertretung? . . . . .	683
e) Legitimation durch Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafter- beschluß? . . . . .	685
3. Prozeß zwischen den Gesellschaftern nach dem Modell des § 856 ZPO . . . . .	686



4. Die Mitgliedschaftsfeststellung in der GmbH . . . . .	687
a) Zum Streitstand . . . . .	687
b) Rechtsbehauptung und Legitimation . . . . .	688
c) In Sonderheit: Der Streit um die Kaduzierung eines Geschäfts- anteils . . . . .	689
5. Exkurs: Andere Statusstreitigkeiten . . . . .	690
a) Grundsatz: Prozeß zwischen den Gesellschaftern nach dem Modell des § 856 ZPO . . . . .	690
b) Der Streit um die Wirksamkeit von Bestimmungen im ursprüng- lichen Gesellschaftsvertrag . . . . .	691
c) Der Streit um Bestand und Umfang mitgliedschaftlicher Förder- pflichten . . . . .	691
6. In Sonderheit: Der Streit um die vollzogene Auflösung der Gesell- schaft . . . . .	692
7. Die Bindung der Gesellschaft an das zwischen den Gesellschaftern ergangene Urteil . . . . .	693
a) Rechtsformspezifische Argumentation in der Rechtsprechung des BGH . . . . .	693
b) Die organisationsrechtliche Bindung der Gesellschaft an Urteile zwischen allen Gesellschaftern . . . . .	693
III. Der Streit um die Wirksamkeit der Übertragung vinkulierter Aktien oder Geschäftsanteile . . . . .	696
1. Problemstellung . . . . .	696
2. Der Erwerber als Kläger . . . . .	696
3. Die Gesellschaft als Beklagte . . . . .	697
a) Die Gesellschaft als materiellrechtliche Gegnerin des Zustim- mungsanspruchs . . . . .	697
b) Rechtsbehauptung und Legitimation (AG) . . . . .	698
c) Rechtsbehauptung und Legitimation (GmbH) . . . . .	698
aa) Individualzustimmung des Gesellschafters . . . . .	699
bb) Entscheidung des Geschäftsführers aus eigener Zuständig- keit . . . . .	699
cc) Genehmigung durch Gesellschafterbeschluß . . . . .	699
d) Ergebnis . . . . .	702
E. Die Problematik des doppelten Rechtsschutzbegehrens . . . . .	703
I. Problemstellung . . . . .	703
II. Fallgruppen . . . . .	704
1. Beschlußmängelklage und Klage auf Feststellung des Beschluß- inhalts . . . . .	704
2. Auflösungsklage und Klage auf Feststellung der vollzogenen Auflösung . . . . .	704
3. Übertragung vinkulierter Geschäftsanteile einer GmbH . . . . .	704
4. Weitere Fallgestaltungen . . . . .	706
III. Lösungsvorschlag . . . . .	706



1. Die Notwendigkeit der rechtskräftigen Entscheidung über den Grundlagenstreit . . . . .	706
2. Die Gesellschaft als Hilfsbeklagte? . . . . .	708
3. In Sonderheit: Der Beschlußmängelstreit . . . . .	709
4. In Sonderheit: Der Auflösungsrechtsstreit . . . . .	710
5. In Sonderheit: Die Ausschlußklage . . . . .	711

§ 12 <i>Die wichtigsten Ergebnisse in Thesen</i> . . . . .	713
--	-----

Literaturverzeichnis . . . . .	727
--------------------------------	-----

Sachregister . . . . .	771
------------------------	-----